

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1949

60 (25.3.1949)

KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Süddeutsche Allgemeine

Erscheint täglich, außer Donnerstagen und Sonntagen. Redaktion, Verlagsabteilung, Vertrieb und Druck: Karlsruhe, Waldstraße 33. Telefon 822921 (Dringend Presse). Anzeigenannahme: Karlsruhe, Kaiserstr. 69. Telefon 8649. Druck: Phalanxstraße 4, Ettlingen, Leopoldstraße 5. Telefon 36. Kein Ersatzanspruch bei Störung durch höhere Gewalt.

Bezugspreis monatlich DM 2,40 einschließlich Transportgebühren. Postzustellung DM 2,20 zuzüglich Zustellgebühr. — Anzeigenpreis: Die achtspaltige Zeile zu sechs Millimetern Breite. Mindestzeilenlänge 10 cm. In übrigen siehe zur Zeit gültige Preisliste Nr. 34. — Postfachkonto: Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 80 535.

3. Jahrgang / Nr. 60

Karlsruhe, Freitag, 25. März 1949

Einzelpreis 20 Pfennig

General Gross gegen die Bevorzugung von Beamtenfrauen

STUTTGART, 24. März. (DENA) Der Direktor der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden, General Charles P. Gross, griff die Gesetzgebung des Landtags scharf an und bezeichnete die Verabschiedung eines Rentengesetzes, das Ehefrauen von Kriegsgefangenen bevorzugt, die früher als Beamte tätig waren, als empörend. „Wir unterscheiden uns sehr von Ihnen in unserem Widerstand gegen die Verherrlichung von Beamten und teilen diese Auffassung keineswegs. Wir können nicht verstehen, warum die Frau eines Beamten anders behandelt werden soll als eine Frau, die sich in Not befindet, ungeachtet der früheren Stellung ihres Mannes oder ihrer Herkunft“, rief der General aus. Seine Bemerkungen, die er bei einem Mittagessen machte, an dem Beamte der Militärregierung und Mitglieder des Ältestenrats des Landtags teilnahmen, waren die Antwort auf Ausführungen der Mitglieder des Ältestenrates, die die Militärregierung dringend aufgefordert hatten, der sozialen Gesetzgebung nicht im Wege zu stehen.

Kürzung der ERP-Hilfe geplant

WASHINGTON, 24. März. (DENA-REUTER) Der außenpolitische Ausschuss des amerikanischen Repräsentantenhauses billigte die Weiterführung des Marshallplans, empfahl jedoch die Kürzung des von der ERP-Verwaltung nachgeschickten Betrages in Höhe von 580 Millionen Dollar für die Zeit vom 3. April dieses Jahres bis zum 1. Juli 1950 um 200 Millionen Dollar. An das vereinigte Wirtschaftsgebiet wurden bis zum 28. Februar dieses Jahres im Rahmen des Marshallplans, laut Mitteilung des Zweimächtigkeitskontrollamtes in Frankfurt Waren und Rohstoffe im Werte von 142 453 000 Dollar geliefert, während der Wert der ERP-Einfuhren am 31. Januar 110 621 000 Dollar betragen hatte.

Kotikow nicht im Amt

BERLIN, 24. März. (DENA) General Kotikow übte von unterrichteter sowjetischer Seite verläutet, seit etwa vier Wochen nicht mehr sein Amt als Kommandant des Sowjetsektors von Berlin aus. Die Geschäfte werden von dem bisherigen stellvertretenden sowjetischen Kommandanten, Oberst Jelissarow, wahrgenommen. Offiziell wurde von sowjetischer Seite bisher nichts über den Wechsel veröffentlicht. Auch eine Begründung für diese Maßnahme wurde nicht angegeben.

Westberliner Post unter Druck

BERLIN, 24. März. (DENA) Die Post der Sowjetzone wird — wie bisher — Westberliner Postsendungen nur dann befördern, wenn sie mit dem in der Sowjetzone gültigen Wertzeichen freigemacht sind, teilte die zuständige Hauptverwaltung der DWK mit. Gemäß der dritten Währungsstellenungs-Verordnung der Westalliierten vom 20. März dürfen Postsachen, die in den Westsektoren aufgefertigt werden, jedoch nur mit den dort geltenden Briefmarken frankiert werden.

Prof. Reuter in den USA

WASHINGTON, 24. März. (DENA-REUTER) Der Berliner Oberbürgermeister Prof. Dr. Ernst Reuter erklärte hier auf der amerikanischen Bürgermeisterversammlung, keine Regelung zur Aufhebung der Blockade Berlins sei annehmbar, wenn die Stadt keinen „freien Zugang zu der ganzen Welt“ erhalte. Reuter versicherte seinen amerikanischen Kollegen, daß die Bevölkerung Berlins fest entschlossen sei, dem sowjetischen Druck zu widerstehen. Die Berliner Bevölkerung hege keinen Groll gegen irgendeine Nation, fuhr Reuter fort. „Wir haben nichts gegen die Sowjetunion, sondern nur gegen die sowjetische Militärverwaltung, die zur Zerstörung unserer Freiheit Druckmittel anwendet.“

Welt-Rundschau

LONDON (UP). Die vier Außenminister-Stellvertreter haben die Versuche, gegenwärtig zu einer Verständigung über die Jugoslawischen Ansprüche gegen Österreich zu gelangen, vorerst aufgegeben. — BRUSSEL (UP). Die Differenzen zwischen dem belgischen und französischen Regierungspartnern sind beigelegt worden. — PARIS. Das französische Kabinett billigte den Vertragsentwurf für eine französisch-italienische Zollunion. — ARSIA, Istrien (UP). Bei einem Kohlegrubenunfall kamen 18 Arbeiter ums Leben. — WARSCHAU. Der Leiter des amerikanischen Informationsbüros in Warschau, Chester Opale, wurde von Polen ersucht, das Land zu verlassen. — PRAG. Nach einem neuen Militärgesetz in der Tschechoslowakei sind alle 18- und 19-jährigen zu zwei Jahren Militärdienst und zu einer fünfmonatigen Reserveübung verpflichtet. — RABAT, Marokko (UP). Beim Absturz eines französischen Flugzeuges kamen die drei Insassen ums Leben. — HONGKONG (UP). Im südchinesischen Meer besetzten chinesische Kommunisten eine Insel, die den indonesischen Aufständischen als Nachschubbasis diente.

(Alle nicht gekennzeichneten Nachrichten: DENA)

Landtag nimmt Pressegesetz an

Parteioproteste gegen eine geschaffene Zwangslage — Keine Benachteiligung Nordbadens in der Versorgung

Eigenbericht unserer Stuttgarter Redaktion

STUTTGART, 24. März. Der Landtag nahm am Donnerstag einstimmig ein Pressegesetz für Württemberg-Baden an, befaßte sich in zweier Lesung mit dem Volksabstimmungsgesetz, verlängerte das Urlaubsgesetz um vier Wochen und debattierte die Frage einer gleichmäßigen Versorgung beider Landesteile.

Das neue Pressegesetz stellt nach den Worten des Berichterstatters des ständigen Ausschusses, Abg. Lausen, ein vereinfachtes Gesetz als Interimsgesetz dar. Ein Pressegesetz, das nur in völliger Freiheit hätte geschaffen werden können, hätte anders ausgesehen.

Das Gesetz besagt, laut DENA, unter anderem, daß die Pressefreiheit einen Teil des in der Verfassung gewährleisteten Grundrechts der freien Meinungsäußerung darstellt und keiner Beschränkung unterliegt, die nicht durch die Verfassung oder dieses Gesetz vorgeschrieben oder zugelassen ist. Die Errichtung von Pressekammern, Ehrenrechten und anderen Organen der Presseüberwachung ist unzulässig. Die allgemeinen Gewerbe- und Berufsgesetze gelten auch für Betriebe des Pressegewerbes, soweit nicht das Grundrecht der freien Meinungsäußerung entgegensteht. Die Presse bleibt von jeder staatlichen Beeinflussung frei und unterliegt staatlichen Eingriffen nur in den ausdrücklich vom Gesetz vorgesehenen Fällen. Eine Pressezensur ist unzulässig. Die Polizei und andere Verwaltungsstellen dürfen die Verbreitung von Druckschriften nicht behindern. Die Presse und ihre Vertreter müssen ferner bei der Beschaffung und Veröffentlichung von Nachrichten von öffentlichen Interessen durch die staatlichen und kommunalen Organe sowie die öffentlichen und rechtlichen Körperschaften unterstützt werden. Weitere Paragraphen regeln das Recht der Presse zum Abdruck amtlicher Bekanntmachungen, die Veröffentlichung von Gegendarstellungen und die Eigentumsverhältnisse Betriebe des Pressegewerbes unterliegen den Gesetzen, die eine Monopolbildung verbieten. Das Gesetz tritt einen Monat nach seiner Verkündung in Kraft.

Die Sprecher der Parteien unterstrichen alle ihre Bedauern darüber, daß das Gesetz in einer Zwangslage entstanden sei. Abg. Bauach (CDU) bemängelte das Fehlen von Schranken der Freiheit. Er ist der Meinung, daß nicht genügend Vorschriften gegen einen Mißbrauch der Pressefreiheit eingebaut seien — ein Umstand, der zum Ruin der Weimarer Republik und zum Kommen des Nationalsozialismus beigetragen habe. Abg. Leibbrand (KPD) dagegen begrüßte das Gesetz als richtig und fortschrittlich. Er wandte sich aber gegen die Methode einer bis ins Einzelne gehenden Ausarbeitung durch ein. Ungefähr 7000 deutsche Einwohner werden betroffen.

Das von Belgien beanspruchte Gebiet umfaßt die Bezirke von Roeten und Muetzen mit einer Bevölkerung von ungefähr 4500 Personen. Die Grenzänderung soll hier den Zustand bereinigen, daß eine belgische Eisenbahnlinie siebenmal die deutsche Grenze schneidet.

Das mit Frankreich wirtschaftlich vereinigte Saargebiet hat ebenfalls einige Grenzänderungen vorgeschlagen. Alle Änderungen unterliegen, wie aus gewöhnlich gutunterrichteten Kreisen verläutet, einer Ratifizierung in dem zukünftigen deutschen Friedensvertrag.

Die Verhandlungen stießen auf große Schwierigkeiten, da sich, wie aus gutunterrichteten Kreisen verläutet, die britischen und amerikanischen Sachverständigen gegen jede Grenzveränderungen wandten. Nach ihrer Ansicht werde die deutsche Öffentlichkeit durch derartige Maßnahmen nur unnötig verblüffert und andererseits böten die Grenzveränderungen für Holland, Belgien und Luxemburg keinen Vorteil von wirklicher Bedeutung. Der französische Vertreter nahm einen weniger oppositionellen Standpunkt ein, wandle sich jedoch gegen jede Annexion von Bevölkerungsteilen oder Städten.

Das Uebereinkommen soll vorsehen, daß es den 12 000—16 000 Deutschen, die in dem abzutretenden Gebiet leben freigestellt wird, das Gebiet unter Mitnahme aller beweglichen Habe zu verlassen.

Das von Holland beanspruchte Gebiet liegt nördlich von Aachen und schließt den Bezirk Gellenkirchen, bekannt aus den Kämpfen vom Dezember 1944, mit mehreren Kohlegruben

des Gesetzes einverstanden, da Pressefreiheit in weitgehendem Umfang ohne Paragraphen gewahrt werden müsse. Auch die DVP hoffe, daß bei Aufhebung des Lizenzzwanges für die Presse Kräfte freigesetzt würden, die sich ihrer Verantwortung besser bewußt seien als das bisher teilweise der Fall gewesen sei. Im übrigen verzeihe er in dem Gesetz die absolute Klarheit der Begriffe. Die DVP übernehme keine Verantwortung dafür, wenn später nach Richtlinien gesucht werde, wie das Gesetz auszuulegen sei. Trotz dieser Bedenken wolle auch seine Fraktion das Gesetz annehmen, damit der Aufhebung des Lizenzzwanges der Weg gebahnt werde.

In der zweiten Lesung des Volksabstimmungsgesetzes, das in der nächsten Landtagsitzung voraussichtlich angenommen werden wird, ging Abg. Gaa (CDU) auf den Vorschlag des „Mannheimer Morgen“ ein, die Volksabstimmung über Landtagsauflösung auf der Zahl der abgegebenen Stimmen und nicht der Wahlberechtigten basieren zu lassen. Ein KPD-Vorschlag, der die Selbstauflösung des Landtags vor Beendigung der Wahl-

periode als Möglichkeit in dieses Gesetz eingebaut sehen wollte, wurde abgelehnt, da, wie Abg. Möller sagte, man nicht mit dem aus der Weimarer Zeit bekannten Spiel der Paragrafenauflösungen neu beginnen wolle. Ministerialrat Dr. Eisenmann beantwortete sodann eine von badischen Abgeordneten gestellte Anfrage an den Landwirtschaftsminister, warum bei der Verteilung der freigegebenen Getreidemengen der zwischen beiden Landesteilen angesetzte Verteilungsschlüssel 60:40 nicht eingehalten werden sollte und was einer gleichmäßigen Verteilung aller zur Verfügung stehenden Versorgungsgüter auf beide Landesteile im Wege stünde. Dr. Eisenmann wies an Hand von Zahlenmaterial nach, daß von einer Benachteiligung Nordbadens, wie in Teilen der Presse behauptet worden war, keine Rede sein könne. Das Landwirtschaftsministerium habe alles getan, um die Versorgung beider Landesteile gleichmäßig sicherzustellen. Wenn von dem Verteilungsschlüssel abgewichen worden sei, so sei dies stets zugunsten von Nordbaden geschehen.

Abg. Dr. Keßler (Karlsruhe) erwiderte, nach den Ausführungen Dr. Eisenmann sei anzunehmen, daß entweder ein Teil der nordbadischen Presse oder das Landwirtschaftsministerium die Unwahrheit sage. Er verwarf sie dagegen, daß die Atmosphäre zwischen Baden und Württemberg durch derartige Veröffentlichungen vergiftet werde.

Abg. Leonhard (CDU), Pforzheim, unterstrich die Stellung Pforzheims als Bindeglied zwischen beiden Landesteilen. Es sei wiederholt vorgekommen, daß die Pforzheimer Bevölkerung in Mülbacher einkaufe, weil es dort zum Beispiel Butter statt Margarine und Frischfleisch statt Böchsenfleisch gegeben habe. Derartige Vorkommnisse führten zu Mißtrauen und störten eine fruchtbarere Zusammenarbeit. Seiner Ansicht nach läßt sich das Problem nur durch die Inkraftsetzung des schon längst fälligen Verwaltungsgesetzes gemäß Art. 44 der Verfassung beseitigen. Dadurch werde außerdem der Weg zu dem so ersehnten Südweststaat gebahnt, der uns alle bessere wirtschaftliche Möglichkeiten biete.

Abg. Pfäzler (SPD) schloß sich den Ausführungen Dr. Keßlers an und verurteilte die vergiftende Pressearbeit einzelner badischer Blätter. (Die SAZ distanziert sich ausdrücklich, da sie stets einen loyalen Standpunkt vertreten hat. Die Red.) Die SPD vermutet, daß hinter derartigen Artikeln Kreise ständen, die eine Vereinigung Württemberg und Badens ablehnten.

Schließlich nahm der Landtag ein Gesetz an, demzufolge im Rechnungsjahr 1949 bis zur Feststellung des Staatshaushaltsplanes für 1949 die zur Fortführung der Verwaltung und zur Erfüllung rechtlicher Verbindlichkeiten des Landes erforderlichen Ausgaben geleistet werden dürfen. Das bis zum 31. 3. gültige Gesetz über den Mindesturlaub in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst ist bis zum 30. 4. 49 verlängert worden. Ein Ausschuß wird den vorliegenden Entwurf eines neuen Gesetzes sofort überprüfen, damit — im Gegensatz zu der bisherigen Praxis — genügend Zeit zur Einflußnahme des Landtages verbleibe. Die Regierung wird ferner vom Landtag ersucht, zu prüfen, ob heimkehrenden Kriegsgefangenen nicht, wie in Bayern, die Summe von 100 DM zur Verfügung gestellt werden könne.

Abg. Dr. Keßler (Karlsruhe) erwiderte, nach den Ausführungen Dr. Eisenmann sei anzunehmen, daß entweder ein Teil der nordbadischen Presse oder das Landwirtschaftsministerium die Unwahrheit sage. Er verwarf sie dagegen, daß die Atmosphäre zwischen Baden und Württemberg durch derartige Veröffentlichungen vergiftet werde.

Abg. Leonhard (CDU), Pforzheim, unterstrich die Stellung Pforzheims als Bindeglied zwischen beiden Landesteilen. Es sei wiederholt vorgekommen, daß die Pforzheimer Bevölkerung in Mülbacher einkaufe, weil es dort zum Beispiel Butter statt Margarine und Frischfleisch statt Böchsenfleisch gegeben habe. Derartige Vorkommnisse führten zu Mißtrauen und störten eine fruchtbarere Zusammenarbeit. Seiner Ansicht nach läßt sich das Problem nur durch die Inkraftsetzung des schon längst fälligen Verwaltungsgesetzes gemäß Art. 44 der Verfassung beseitigen. Dadurch werde außerdem der Weg zu dem so ersehnten Südweststaat gebahnt, der uns alle bessere wirtschaftliche Möglichkeiten biete.

Abg. Pfäzler (SPD) schloß sich den Ausführungen Dr. Keßlers an und verurteilte die vergiftende Pressearbeit einzelner badischer Blätter. (Die SAZ distanziert sich ausdrücklich, da sie stets einen loyalen Standpunkt vertreten hat. Die Red.) Die SPD vermutet, daß hinter derartigen Artikeln Kreise ständen, die eine Vereinigung Württemberg und Badens ablehnten.

Schließlich nahm der Landtag ein Gesetz an, demzufolge im Rechnungsjahr 1949 bis zur Feststellung des Staatshaushaltsplanes für 1949 die zur Fortführung der Verwaltung und zur Erfüllung rechtlicher Verbindlichkeiten des Landes erforderlichen Ausgaben geleistet werden dürfen. Das bis zum 31. 3. gültige Gesetz über den Mindesturlaub in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst ist bis zum 30. 4. 49 verlängert worden. Ein Ausschuß wird den vorliegenden Entwurf eines neuen Gesetzes sofort überprüfen, damit — im Gegensatz zu der bisherigen Praxis — genügend Zeit zur Einflußnahme des Landtages verbleibe. Die Regierung wird ferner vom Landtag ersucht, zu prüfen, ob heimkehrenden Kriegsgefangenen nicht, wie in Bayern, die Summe von 100 DM zur Verfügung gestellt werden könne.

Abg. Dr. Keßler (Karlsruhe) erwiderte, nach den Ausführungen Dr. Eisenmann sei anzunehmen, daß entweder ein Teil der nordbadischen Presse oder das Landwirtschaftsministerium die Unwahrheit sage. Er verwarf sie dagegen, daß die Atmosphäre zwischen Baden und Württemberg durch derartige Veröffentlichungen vergiftet werde.

Abg. Leonhard (CDU), Pforzheim, unterstrich die Stellung Pforzheims als Bindeglied zwischen beiden Landesteilen. Es sei wiederholt vorgekommen, daß die Pforzheimer Bevölkerung in Mülbacher einkaufe, weil es dort zum Beispiel Butter statt Margarine und Frischfleisch statt Böchsenfleisch gegeben habe. Derartige Vorkommnisse führten zu Mißtrauen und störten eine fruchtbarere Zusammenarbeit. Seiner Ansicht nach läßt sich das Problem nur durch die Inkraftsetzung des schon längst fälligen Verwaltungsgesetzes gemäß Art. 44 der Verfassung beseitigen. Dadurch werde außerdem der Weg zu dem so ersehnten Südweststaat gebahnt, der uns alle bessere wirtschaftliche Möglichkeiten biete.

Abg. Pfäzler (SPD) schloß sich den Ausführungen Dr. Keßlers an und verurteilte die vergiftende Pressearbeit einzelner badischer Blätter. (Die SAZ distanziert sich ausdrücklich, da sie stets einen loyalen Standpunkt vertreten hat. Die Red.) Die SPD vermutet, daß hinter derartigen Artikeln Kreise ständen, die eine Vereinigung Württemberg und Badens ablehnten.

Schließlich nahm der Landtag ein Gesetz an, demzufolge im Rechnungsjahr 1949 bis zur Feststellung des Staatshaushaltsplanes für 1949 die zur Fortführung der Verwaltung und zur Erfüllung rechtlicher Verbindlichkeiten des Landes erforderlichen Ausgaben geleistet werden dürfen. Das bis zum 31. 3. gültige Gesetz über den Mindesturlaub in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst ist bis zum 30. 4. 49 verlängert worden. Ein Ausschuß wird den vorliegenden Entwurf eines neuen Gesetzes sofort überprüfen, damit — im Gegensatz zu der bisherigen Praxis — genügend Zeit zur Einflußnahme des Landtages verbleibe. Die Regierung wird ferner vom Landtag ersucht, zu prüfen, ob heimkehrenden Kriegsgefangenen nicht, wie in Bayern, die Summe von 100 DM zur Verfügung gestellt werden könne.

Bevin lehnt Blockade Ostdeutschlands ab

„Dieses würde Sanktionen bedeuten und Sanktionen bedeuten Krieg“

LONDON, 24. März (UP). Der britische Außenminister Ernest Bevin lehnte am Mittwoch im Unterhaus die Forderung des konservativen Abgeordneten McMillan ab, Einführung einer vollständigen Blockade Ostdeutschlands ab, da dieses „Sanktionen bedeuten würde, und Sanktionen bedeuten Krieg“. Außenminister Bevin fügte hinzu: „Als die Blockade Berlins begann, sind alle diese Dinge in Betracht gezogen worden.“ Bevin wies darauf hin, daß die Luftbrücke im Laufe eines Jahres ebensoviel kostete, wie ein einziger Tag im Krieg. Der Versuch der Russen, die Westmächte aus Berlin hinauszudrängen, sei durch die Luftbrücke zunichte gemacht worden.

Bevin erklärte sodann über die Lage in Deutschland unter Hinweis auf die Zusammenarbeit der drei Westmächte: „Wir sind noch zu keiner endgültigen Einigung über die Bonner Verfassung und das Besatzungsstatut für Westdeutschland gelangt. Ich freue mich aber, mitteilen zu können, daß es sich gegenwärtig nur um zwei oder drei strittige Fragen handelt. Die gemeinsame Drei-

mächtepolitik läuft auf eine immer engere Zusammenarbeit hinaus.“

Bevin wurde sodann gefragt, ob eine Aufhebung der Einschränkungen für den deutschen Schiffsbau vorgesehen sei. Er antwortete: „Wir haben das 1924 getan. Wir billigten Deutschland eine enorme Schiffbau-Kapazität zu mit dem Erfolg, daß nur Unterseeboote gebaut wurden.“ Unter Befallakundungen des Unterhauses fügte Bevin hinzu: „Ich will alles tun, um die Deutschen zu rehabilitieren, ich werde aber nicht die Sicherheit unserer Inseln vergessen.“ Gewissen Industrien werde es nicht erlaubt werden, ihre Tätigkeit in vollem Umfang wieder aufzunehmen, bis Deutschland in die Völkergemeinschaft aufgenommen sei und sich als vertrauenswürdig erwiesen habe.

Zur Lage in Berlin erklärte Bevin, die ehemalige Hauptstadt Deutschlands sei in das Bonner Verfassungswerk nicht aufgenommen worden, weil Ost- und Westdeutschland sich vereinigen wollten. „Ich glaube nicht, daß jemand das verhindern wird. Deutschland wird wieder zusammenkommen, doch ist es möglich, daß es Zeit nehmen wird.“ Bevin betonte, die USA hätten die Absicht, die Luftbrücke nach Berlin noch weiter zu verstärken.

Wieder eine Handelsflotte?

LONDON, 24. März. (DENA-AFP) Wie aus amerikanischer Quelle verläutet, führte der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay am Mittwoch in London eingehende Besprechungen mit dem amerikanischen Botschafter in Großbritannien, Lewis Douglas, über den Wiederaufbau einer deutschen Handelsflotte. In zuständigen britischen Kreisen glaubt man zu wissen, daß sich Großbritannien und die USA darüber geeinigt haben, West-Deutschland den Bau einer Anzahl von Handelsschiffen mit einer Höchsttonnage von 7000 BRT und einer Geschwindigkeit von zwölf Knoten zu gestatten.

Staatspräsident Wohleb rechtfertigt sich

Der Länderchef fühlt sich nach wie vor für Baden verantwortlich

(Eigenbericht unseres Freiburger Mitarbeiters)

FREIBURG, 24. März. Auf Grund einer sozialdemokratischen Interpellation erklärte Staatspräsident Leo Wohleb in der vergangenen Sitzung des südbadischen Landtages erneut, die seitherige Konferenz in Bühl habe nur dem privaten und freundschaftlichen Gedankenaustausch gedient. Er würde ja auch anderwärts Gespräche, wie in der Straßenbahn, geführt. Im Anschluß an seine Erklärung nahm Wohleb nochmals zur Südweststaat-Frage Stellung. Er widersetzte sich nach wie vor, daß man die nichtstehende Lösung, nämlich die Wiederherstellung Badens und Württembergs, außer acht lasse, um eine Radikallösung, nämlich die eines Südweststaates anzustreben. Es seien ihm Meinungen und Motive unterstellt worden, die Landesverrat darstellen würden. Normalerweise würde er gegen die Verfasser von Artikeln und Karikaturen — und hier verwies er auf eine Heidelberger Zeitung — Strafantrag stellen wegen Beleidigung. Als badischer und deutscher Minister fühle er sich nach wie vor für Baden verantwortlich. Die CDU Nordbadens habe auf ihrer Tagung in Bretten mit seinem

Standpunkt übereingestimmt. Man solle historisch Gewordenes nicht ohne zwingenden Grund aufgeben.

Er, Wohleb, habe die Rechte der Besatzungsmacht immer loyal anerkannt. Durch seine Bemühungen seien auch in Südbaden ertragreiche Verhältnisse geschaffen worden. Ein Ansinnen, französische Interessen zu vertreten, sei an ihn nicht gestellt worden. Er wäre auch in einem solchen Falle keine Stunde länger an seiner Stelle geblieben. Wohleb trat erneut für einen baldigen Staatsvertrag ein, zur Sicherung der badischen Lebensinteressen.

Abschließend warnte Wohleb vor einer Überbetonung des Südweststaat-Problems. Auch der CDU-Fraktionsführer Anton Dichtel hielt in seinen Ausführungen zur Regierungs-Erklärung die Südweststaatsfrage nicht für eine Lebensfrage. Da gebe es andere wichtigere Fragen zuvor. In der ganzen Debatte um den Südweststaat habe man nichts erreicht, lediglich seien die Fronten verhärtet. Es sei ein Gipfelpunkt der Demagogie, wenn man denjenigen Landesverrat unterschleibe, die für eine Wiederherstellung Badens seien. — Bu.

Britischer Offizier verhaftet

PRAG, 24. März. (DENA-REUTER). Der britische Paßoffizier in Prag, Captain Philip Wildash, wurde am Dienstag von der tschechoslowakischen Sicherheitspolizei verhaftet und erst nach einer gründlichen Durchsuchung seiner Wohnung wieder freigelassen. Ferner soll, wie zuverlässig verläutet, das Personal der Paß-Stelle verhaftet und ein tschechoslowakischer Angestellter festgenommen worden sein. Von maßgeblicher Seite wurde später erklärt, daß Wildash aus der Tschechoslowakei ausgewiesen wurde.

RAF-Flugzeug abgestürzt

BERLIN, 24. März. (DENA). Eine Dakota-Maschine der RAF, die mit Industriegütern aus Berlin beladen war, stürzte in der Nacht zum Mittwoch in der Nähe des Flugplatzes Lübeck kurz vor der Landung ab. Die dreiköpfige Besatzung fand den Tod. Ueber die Ursache des Unglücks ist bisher noch nichts bekannt.

Süddeutsche Allgemeine

Nummer 80 / Freitag, den 25. März 1949

Kommunismus und Katholizismus

Von Dieter Cycon

Der Kommunismus breitet sich Hand in Hand mit der politischen Expansion des sowjetischen Staates aus und geht zu den bedeutendsten Stützen des Staates. Es liegt nahe, daß die katholische Kirche gleichfalls bestrebt ist, ebenso wie der Kommunismus machtpolitisch Gewicht zu bekommen...

Für die Reaktion des Vatikans auf diese Frage mag entscheidend sein, wie er die heutige Position der katholischen Kirche einschätzen muß. Die Einbeziehung Polens, Ungarns, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Ruminiens in den sowjetischen Bereich war für die Kirche ein schwerer Schlag...

Es ist klar, daß von dieser Überlegung her ein starker Impuls für eine gewaltige Veränderung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse in Osteuropa ausgeht. Wenn aber umgekehrt die katholische Kirche hoffen könnte, nicht nur auf Grund des Trübsalgesetzes noch eine zeitlang Einfluß zu behalten...

Wenn die katholische Kirche einerseits dem Ansturm ihrer Gegner standhalten und noch stärker werden will, andererseits aber im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Menschen eine Politik zur Aufrechterhaltung des Friedens einschlagen will...

Dr. Pünders Rechenschaftsbericht

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates über den Haushaltsplan der Doppelzone

Eigenbericht unserer Frankfurter Redaktion

Frankfurt, 24. März. Im Mittelpunkt der 25. Vollversammlung des Frankfurter Wirtschaftsrates am Donnerstag stand die große Etappe des Vorsitzenden des Verwaltungsrates, Oberdirektor Dr. Hermann Pünders. Nach einem Rückblick über das vergangene Wirtschaftsjahr nahm Dr. Pünders zum neuen Haushaltsplan Stellung...

Nach einem Hinweis auf die Verbesserung der Ernährungslage und die fast stürmische Aufwärtsentwicklung der Produktion, sprach der Oberdirektor über die Arbeitslosenfrage. Sie verdienen eine laufende Prüfung, wie weit ihre Zahl von über einer Million saisonbedingt und auf Strommangel zurückzuführen sei oder inwieweit sich strukturelle Gefahrenmomente abzuzeichnen beginnen...

Auf die Arbeit des Verwaltungsrates im verflochtenen Jahr eingehend, nannte der Oberdirektor als Frucht von dessen gesetzgeberischer Vorarbeit annähernd 60

Gesetzesvorlagen, von denen bisher 30 Rechtskraft erhalten hätten; darunter als wichtigste, das Erste Lastenausgleichsgesetz, das Gesetz gegen Preistreiber, das Gesetz über Einführung eines Notopfers Berlin und schließlich die Organisationsgesetze über die Errichtung eines Reichsamtes, der Schuldverwaltung und des Rechnungshofes, des Patentamtes und der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Alles zusammen stelle eine wichtige Etappe auf dem dornenreichen Weg der Selbstgestaltung künftiger deutscher Wirtschaft dar.

Bei der Weiterverfolgung dieses Weges sei aus der Überfülle der künftigen Aufgaben zu nennen: Steigerung des Realinkommens, Erhöhung der Produktion, weitere Sicherung und mögliche Verbesserung der Ernährung, Verhinderung größerer Arbeitslosigkeit, sozialer Wohnungsbau, Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die endgültige Gestaltung des Lastenausgleichs. Dr. Pünders nahm sodann zu dringenden wirtschaftlichen Problemen, zur Agrarpolitik, zu Fragen des In- und Exportes und des Steuerwesens Stellung. Er wandte sich noch einmal gegen die holländische und belgischen Restitutionsansprüche und erwähnte die große Gefahr, die dadurch der Binnenwirtschaft ebenso drohe wie durch die Abriegelung von Eise und Dozen.

Im Zusammenhang mit der Verwaltung für Arbeit gedachte der Oberdirektor in Dankbarkeit und Bewunderung des deutschen Arbeiters aller Schichten und Stände, der das Gebot der Stunde voll erkannt habe und trotz der hinter uns liegenden Jahre des Hungers, der Not und aller sonstigen unbeschreiblichen Entbehrungen und nicht zuletzt trotz aller Verführungsversuche des Ostens" ganz einfach an die Arbeit gegangen sei. Diese dankbare Anerkennung gelte auch der Arbeit der Gewerkschaften, die sich gerade in diesem ersten Jahr beginnender Genesung ihrer hohen Verpflichtung stets bewußt gesetzt hätten.

Eine Bewirtschaftung der menschlichen Arbeitskräfte sei nach wirtschaftspolitischer Überzeugung und christlicher Weltanschauung abzulehnen; daher bekann sich der Wirtschaftsrat grundsätzlich zur freien Verabbarung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen den Sozialpartnern. Dieses Bekenntnis habe

einen ersten Ausdruck im Gesetz zur Aufhebung des Lohnstopps und dem Tarifvertragsgesetz gefunden.

Dr. Pünders wandte sich dann den großen sozialen Aufgaben zu, sprach über das Gesetz der Wiederherstellung der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung und über das von der Militärregierung in seiner jetzigen Form abgelehnte Gesetz über die Anpassung der Leistungen der Sozialversicherung an das veränderte Lohn- und Preisgefüge. Noch einmal auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit eingehend, sagte der Vorsitzende des Verwaltungsrates, daß ihm die Wiedereinrichtung der ehemaligen Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung besonders vorzüglich erscheine. Ein bereits fertiggestellter Gesetzentwurf behandle das Recht der Kriegsbeschädigten. Er werde vorgelegt werden, sobald die Voraussetzungen dafür geschaffen seien. Auch so das immer noch ganz unbefriedigend gelagerte Problem der Versorgung der früheren Wehrmachtangehörigen, die sich meist völlig unverschuldet vielfach in einer unbeschreiblichen Notlage befinden, müsse immer erneut werden.

Dr. Pünders ging sodann auf das neue Amt für Pflege der Heimatvertriebenen unter Leitung von Dr. Ottomar Schreiber, dem ehemaligen Präsidenten des Memorialministeriums, ein, der sich kurz vor Beginn der Etatsrede des Oberdirektors dem Pönem in einer kurzen Ansprache vorgestellt hatte.

Länderehefs in Königstein

KÖNIGSTEIN, 24. März (DENA). Die Konferenz der westdeutschen Ministerpräsidenten, die das Wahlgesetz der künftigen Bundesverfassung, die Frage der Ländergrenzen und das Memorandum der Militärgouverneure zum Bonner Grundgesetz erörtern wird, begann am Donnerstagmorgen in Königstein. An der Zusammenkunft nahmen alle Länderehefs mit Ausnahme von Dr. Reinhold Maier (Württemberg-Baden) und Leo Wohleb (Südbaden) teil. Berlin wird durch den Stadtverordnetenvorsteher, Dr. Suhr, vertreten.

Über Fragen des Wahlrechts referierten Vertreter des Parlamentarischen Rates. Der Vorsitzende des Sächsischen Ausschusses im Parlamentarischen Rat, Dr. Innenminister von NRW, Dr. Manzel, empfahl den Länderehefs, sich im Interesse einer Einheitslichkeit der Wahlgesetzgebung entweder für die Bonner Beschlüsse einzusetzen oder aber den Bonner Entwurf als Modellgesetz in den einzelnen Landtagen zu verwenden. Dr. Manzel unterstrich, daß das Wahlgesetz nur für den ersten Volkstag gedacht sei und die künftigen Wahlgesetze nicht präjudizieren. Auch soll es dem späteren Grundgesetz nicht einverleibt, sondern lediglich als Anhang beigefügt werden.

Als Vertreter des Wahlrechtsausschusses im Parlamentarischen Rat führte Dr. Diederichs (SPD) vor den Ministerpräsidenten aus, daß das Personalwahlrecht eine große Gefahr bedeute, weil sich die Flüchtlinge und Frauen bei der Annahme eines solchen Gesetzes nicht genügend durchsetzen könnten. Der bayerische Staatsminister Dr. Pfeiffer stimmte diesem Bedenken Dr. Diederichs zu. Weitere Referate über Ländergrenzen und die am letzten Freitag den Militärgouverneuren zugeleitete Stellungnahme des Parlamentarischen Rates zu den Empfehlungen der Militärgouverneure zu dem Bonner Grundgesetz wurden von dem Referenten des Büros der Ministerpräsidenten, Dr. Weritz, gehalten.

Fälscherbande ausgehoben

STUTTGART, 24. März (DENA). Die Stuttgarter Polizei konnte dieser Tage eine Werkstatt, die falsche Lebensmittelkarten herstellte, ausheben. Insgesamt 15 Personen wurden vorläufig festgenommen, fünf Hausdurchsuchungen durchgeführt und die Arbeitsplätze verschiedener Beteiligten einer Buchdruckerlei überprüft. Gegen sechs männliche und drei weibliche Personen sind Haftbefehle ergangen. Sämtliche an der Herstellung der Marken beteiligten Personen, mit Ausnahme eines noch flüchtigen Ausländers, der seine Wohnung als Druckwerkstätte zur Verfügung gestellt hatte, konnten festgenommen werden. Wieviel Marken die Bande von Juni 1948 bis Februar 1949 insgesamt angefertigt und abgesetzt hat, konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden.

Drucker stimmen für Streik

STUTTGART, 24. März (DENA). Nach weiteren Meldungen aus vielen Städten der Bzone haben sich, wie DENA aus Kreisen der Industriegewerkschaft "Druck und Papier" erfuhr, durchschnittlich 82 bis 87 Prozent der Arbeitnehmer für den Streik ausgesprochen. Am Montag, den 22. März, wurden in Stuttgart die Landesvorstände der Industriegewerkschaft "Druck und Papier" zusammengetreten, um weitere Beschlüsse auf Grund der Abstimmung zu fassen.

Vor Ende der Punktwirtschaft

FRANKFURT, 24. März (DENA). Die Aufhebung der Schuh- und Textilwarenbeschränkung steht nach zuverlässigen Informationen aus amtlichen Kreisen kurz bevor. Die Vorsitzenden des Zweimächte-Kontrollrates sollen sich in ihrer Mittwochssitzung mit dieser Frage befassen und den entsprechenden deutschen Vorschlag wohlwollend aufgenommen haben. Mit der Bekanntgabe ihrer Entscheidung wird in Kürze gerechnet.

Deutschland-Rundschau

VERBOTE WESTZONEN. Frankfurt. Das Gesetz über den Amateurfunk vom 14. März 1949 ist am 23. März in Kraft getreten. — Paderborn. In den Zerreißmaschinen einer Papierfabrik in Arnberg wurden plötzlich gültige DM-Scheine entdeckt. Wie sich später herausstellte, handelte es sich um insgesamt 20.000 DM, von denen 300 DM noch in Stücken zusammengesetzt werden konnten. — Bad Hersfeld. Im Heimkehrerlager Waldschänke trafen 715 ehemalige Kriegsgefangene aus Polen ein. Die Heimkehrer befanden sich in sehr guter gesundheitlicher Verfassung. — Bremen. Der Bremer Flugplatz wird in Kürze in das Liniennetz der "Scandinavian airlines system" einbezogen werden. — Hamburg. (UP) Aus Paderborn wurde einer Tracht Prügel verschwiegen zwei Jungen, daß ihr sechs-jähriger Spielkamerad Helmut Behrens am 17. März in der Abzehr vor ihren Augen ertrank. Erst auf eindringliches Fragen ihrer Eltern berichteten sie von dem Unglück. — SOWJETZONE.

Frankfurt/Oder. Im Heimkehrerlager Cronsfelde traf ein Transport mit 1109 ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion ein. (Alle nicht gestrichelten Nachrichten: DENA)

Lizenz-Nummer GS-WB 198. Herausgeber und Chefredakteur: Felix Richter. Stellvertretender Chefredakteur: Heinz A. Dehmel. Redaktionsschreiber: Max Gieseler, Helmut Haag, W. Hagen, Rudolf Joh. Hans Mohr, Dr. W. Oberkamp, Otto F. Paulsen, Hildegard Pietsch, Adolf Reibelsch, Josef Wenzel. — Mit vollem Verantwortungsbewusstsein betreibt dieses Blatt die Meinung der Redaktion. Im Nachdruck von Originalbeiträgen nur mit Genehmigung gestattet. Das Eigentumsrecht bleibt unberührt. Für unverlangt eingehende Manuskripte keine Gewähr. — Verlag: Süddeutsche Allgemeine, Zeitungsverlag GmbH, Verlagsdirektor: Dipl.-Ing. Herbert Lehmann.

Berlin nach dem Währungsumschwung

Von unserem Berliner L.W.-Mitarbeiter

Die Preise über die Einführung der Westmark als alleinige Währung in Westberlin ist groß. Die Nervosität, die diesem neuen Währungsexperiment vorausgeht, ist nur vergleichbar mit der Spannung, die das Ende der Reichsmark verursachte. In den Industriefirmen, bei den Einzelhandelskauffleuten und in den Familien wird eifrig geredet. Wie wird das Budget nach der neuen Regelung aussehen? In den westlichen Vororten gibt es nur eine ständige Feststellung: Die Mieten sind zu hoch. Die Wohnungen, besonders in Nikolassee, Schlachtensee und Wannsee, kaum heilbar, werden nicht mehr oder sehr schwer zu vermieten sein. Wer allerdings Geld hat, wird sich eine Prachtvilla sichern können. Allgemein nimmt man in maßgeblichen Berliner Wirtschaftskreisen davon an, daß der Hausbesitz Opfer bringen muß, um weiter existieren zu können. Mit anderen Worten: Die Mieten, die sich oft auf 200,- bis 400,- DM belaufen, sind untragbar geworden. Unterrichtete Wirtschaftskreise sind auch der Auffassung, daß die Unkosten der Geschäftswelt, die bisher in Ostmark gezahlt werden konnten, nach Einführung der Westmark und Verbot der Ostmark zu hoch seien.

Wir sind anderer Ansicht. Die Berliner Kaufleute müssen das auch leisten können, was die westdeutschen Einzelhändler

leisten. „Die Waren werden billiger, die Preise fallen“, das ist die Meinung des „Mannes von der Straße“, des Wirtschaftlers und des Politikers. Wie wird man mit dem Problem der rund 200.000 Berliner, die im Osten arbeiten und nur Ostgeld verdienen, fertig werden? Minderungen stehen in Aussicht. Ob ein Umtausch von Ostmark in Westmark zu Hälfte oder gar zum vollen Betrag, aus der politischen Perspektive gesehen, richtig und weise gedacht ist, erscheint mehr als zweifelhaft. Hier wäre einmal eine passende Gelegenheit gewesen, die vielen Opportunisten, die das Geld der SED nehmen und sich als Agenten einer deutschfeindlichen Partei bezeichnen, die Luft zum Weiterleben in Berlin zu nehmen, und ihnen nicht mehr zu gestatten, die Westmark und die Politiker Westberlins zu diffamieren, und gleichzeitig die Rotkissen, Schokolade und die guten Zigaretten des Westens sich zu Gemüte zu führen.

Berlin atmet auf! Endlich haben die Politiker aller Parteien mit ihrer Hartnäckigkeit erwidert, daß wiederum ein zentraler wirtschaftlicher Konnex mit Westdeutschland hergestellt wird. Berlin wird aufleben. Es hat es aber auch verdient. Berlin hat sich diesen Erfolg zusammengekauft bei 25 Pfund Briketts im gesamten Winter!

Dort drüben in Overmanns Bude

ROMAN VON GEORG RYDBERG

33. Fortsetzung (Nachdruck verboten) In kürzester Zeit hatte Jupp bereits achttausend Mark bares Geld verdient, das er auf einer Kölner Bank liegen hatte, als ihn das Schicksal ereilte. Das geschah, wie immer, durch einen unvorhergesehenen Zufall, einer Verquickung von Ereignissen, die nicht voraussehenbar waren. Er hatte in Amsterdamm einige geringe Steine eingekauft und fuhr diesmal nach Köln zurück. Kurz vor der holländischen Grenze wollte er absichtlich in den Speisewagen gehen und passierte den Korridor eines Waggons dritter Klasse. Hier war ein Streit ausgebrochen. Ein anscheinend eisernstimmiger holländischer Arbeiter war wegen eines Mädchens mit einem anderen Burschen in Streit geraten. Er bedrohte das Mädchen und machte ihr vor allen Leuten eine laute Szene. Der Schaffner verlangte Ruhe, die Mitreisenden umstanden im Korridor die Streitenden und waren über dem Burschen empört. Jupp konnte nicht vorbeigehen. Der Mensch versperrte laut schreiend den Weg. Des Wartens müde, gab ihm Jupp einen gelinden Stoß, um sich Platz zu schaffen. Dies brachte den rabiaten Holländer in solche Wut, daß er sich auf Jupp stürzte und ihn festhielt. Um los-

zukommen, schleuderte Jupp den Holländer mühelos an die Coupéwand und wollte weitergehen, aber der Bursche schlug ihm mit der Faust mitten ins Gesicht, so daß er seine Brille und das Glasauge verlor, indes sich die Mitreisenden auf den rohen Kerl stürzten, um ihn unschädlich zu machen. Niemand hatte in dem Gedränge bemerkt, daß Jupp sein künstliches Auge verlor. Es mußte aus dem offenen Korridorfenster gefallen sein, denn es wurde auch später nicht mehr gefunden. Er ging in sein Abteil zurück, indem er das Taschentuch nicht mehr vom Auge entfernte, und blieb ruhig sitzen. Dennoch war ihm unbehaglich zumute. Auch die wenigen Steine waren herausgefallen und blieben verschwunden. An der deutschen Grenzstation war wie gewöhnlich Revision. Die Beamten fanden Jupp, den sie wiedererkannten und mit Mißtrauen betrachteten. Im Abteil sitzend, ohne Brille, das linke Auge mit dem Taschentuch verhüllend. Da sie Argwohn schöpften, eruchten sie ihn höflich auszusagen und ihnen zu folgen. Er wurde in einen Raum geführt, wo ihn ein höherer Zollbeamter verhörte.

„Wir beobachten Sie seit langer Zeit und vermuten, daß Sie bestimmte Geschäfte erledigen, über die wir Auskunft wünschen. Welchen Zweck haben Ihre wiederholten Reisen zwischen Aachen-Köln und Amsterdam?“ „Ich überbringe geschäftliche Aufträge und nehme solche in Holland entgegen.“ „Können Sie das nachweisen?“ „Ich erledige alles mündlich.“ „Haben Sie eine Verletzung am Auge?“ Jupp erzählte ohne Zögern den Unfall, den er eben hatte, und den Verlust seines künstlichen Auges. Allein dieses Gerücht wurde sein Verhängnis. Der Beamte forderte seinen Paß, studierte denselben und sagte: „Von Ihrem Glasaug steht hier nichts im Paß. Dieser Paß ist nicht der Ihre, obwohl er Ihr Photo enthält?“ Jedoch Jupp findet sofort das Gleichgewicht wieder. Er fühlt, daß er eine Unvorsichtigkeit begangen hatte. „Der Paß ist vor meiner Augenoperation ausgestellt, wie Sie aus dem Datum ersehen. Mein linkes Auge wurde erst vor drei Wochen entfernt.“ Das stimmte tatsächlich; der Paß war älteren Datums. Jupp hatte sich geteilt. Der Beamte nahm das Dokument, verzeichnete unter besondere Kennzeichen: „Trägt links ein künstliches Auge.“ setzte seine Unterschrift darunter, einen Stempel des Grenz-Zollamtes und gab ihm den Paß zurück.

„Wir werden Sie künftig verzeihen, bei jedem Grenzübertritt hier vorzusprechen und in unserem Besein das Auge herauszunehmen. Sie sind gewarnt.“ Damit war er entlassen. In Aachen erwartete ihn sein Auftraggeber, dem er den ganzen Vorfall berichtete. Das war allerdings ein ernstes Hindernis. Der Händler, der in Jupp einen gewandten und brauchbaren Menschen gefunden und nicht gerne auf ihn verzichten wollte, riet ihm, für die nächste Zeit seine Reisen einzustellen, bis Gras über die Sache gewachsen sei. Inzwischen solle er nach Hause fahren, später könnten sie das Unternehmen wieder fortsetzen. Jupp sah ein, daß vorläufig nichts anderes zu machen wäre. Es hätte keinen Zweck, sich nach dieser Warnung abermals in Gefahr zu begeben. So fuhr er nach Hause. Die Farm lag im Grünen. Die Heide blühte, ein herrlicher, blauer Himmel wölbte sich über dem Grenzlande, im Dörfchen läuteten gerade die Mittagsglocken, als er in der Ferne das Häuschen wieder sah. Das Bewußtsein, in Köln auf der Bank achttausend Mark zu haben, gewissermaßen unabhängig geworden zu sein, gab ihm eine ruhige Überlegenheit. Aber je näher er der Farm kam, desto schärfer fühlte er den Stachel des schändlichen Betrugs, den Mia begangen, desto grimmiger sprang der alte Haß gegen Hinrichs in ihm auf, der ihn zum Krüppel geschlagen... Nun, er hatte nichts vergessen. Wenn ihn etwas veranlaßte, nodumais auf die Farm zurückzukehren, so war es nur der glühende Wunsch, sich an Hinrichs zu rächen. Mit Mia war er fertig. Er mußte ihr gegenüber Komödie spielen und den Unwissenden, damit Hinrichs nicht durch sie gewarnt würde. So nahm er eine freundliche Miene an, als er das Haus betrat, und gab Mia, die ihm mit gemachter Ueberschwänglichkeit an den Hals flog, einen Kuß auf die Stirn. Er setzte sich zu ihr, berichtete von seiner Genesung, erzählte, daß er von vorn anfangen wolle und ruhiger geworden sei; jedoch verschwiegen er ihr, daß er ein künstliches Auge trug. Unauffällig vermied er es, sie längere Zeit anzublicken, oder er legte die Hand auf sein Auge. Ebenso sagte er keine Silbe von seinem Amsterdamer Schmuggelfahrten, die ihm inzwischen so viel Geld gebracht hatten. Gemächlich zog er seinen Werktagkittel an und begann, im Haus zu arbeiten. — Mia umsorgte ihn, wollte, daß er ruhe, hielt ihn fest, aber er entwand sich ihr und machte sich zu schaffen. So kam der Abend. Es war ein schwüler Tag gewesen, die Sonne war untergegangen, die Grillen zirpten, schwümm lag die Heide da und dehnte sich bis zur nahen holländischen Grenze. Jupp saß mit Mia in der Stube. Sie hatten gegessen. Die junge Frau stand auf und setzte sich auf seinen Schoß. (Fortsetzung folgt)

Nachruf auf eine kleine Sache

Mitbürger! — Freunde! — Raucher! — Hörst mich an.

Es geht um mehr als nur um den Tod eines guten und treuen Begleiters — es geht schließlich um das Beste, das uns in den vergangenen Jahren geblieben war: um die alte, treue, zuverlässige, nie versagende, sich nie versagende Kippe.

Nirgend, dem sie ihren letzten Odem einhauchte, gemischt aus Nikotinkonzentration und Aschenruß, wird sie je vergessen können. Keiner, der sie für die Pfeife entblättere oder — aus drei macht eins — aus ihr eine neue beißend-beißende Zigarette formte, wird von ihr scheiden wollen, ohne ihr eine der Zählern nachzuweisen die ihm ihr Rauch oft in die Augen trieb.

Die auserwählte Zunft der Kippensammlung, die alle umschloß, jene Zunft ohne Unterscheid von Stand, Alter, Geschlecht und Entschuldigungsbescheid, steht gebannt am Grabe dieser kleinen und doch so großen und beherrschenden Erscheinung aus einer Zeit, in der das meiste blauer Dunst gewesen ist.

Ihrem Rest, der eigentlich immer nur ein Rest gewesen ist, folgen alle noch einmal ergriffen — wie sie einst folgten dem bewundernden Ansehigen der Besitzungsmacht, der sie achlos in den Rinnstein warf; sie alle, die damals schüchtern aufhoben, behutsam in die Kippenschuhe verstaute, um sie daheim geduldig zu schmauchen, neigen sich noch einmal in dankbarer Ehrfurcht vor ihr. Mancher, der jetzt wieder den Inhalt eines Aschenbechers voller Kippen in den Ofen oder Müllkasten wirft, verhält heute vielleicht den Schritt.

Seine Hand zögert noch einmal erinnernd und senkt sich dann segnend über diese dem Feuer überantworteten Kleinigkeiten, die dermaligsten Kleinodien gewesen sind.

Mitbürger! — Freunde! — Raucher! — Hörst mich an. Die Kippe starb! Sie ging dahin, wie sie gelebt — ohne Aufhebens. Und doch: als wär's ein Stück von mir. Friede ihrer Asche... v.W.

Staatstechnikum eröffnet Sommersemester

Von 162 Kandidaten bestanden 157 die Ingenieur-Prüfung

Anlässlich der Eröffnung des neuen Sommersemesters veranstaltete die Studentenschaft des Badischen Staatstechnikums gestern vormittag in der „Kurbel“ eine schlichte, von Studenten der Musikhochschule musikalisch umrahmte Feierstunde.

In seinem Rückblick auf die von der Studentenschaft im Interesse des ganzen Instituts und der einzelnen Kommilitonen geleitete Arbeit dankte der scheidende Studentenfürher Alfred Richter dem Staat für die in Form von Unterhaltsbeihilfen und von Studiengeld-Ermäßigungen gewährte Hilfe und bedauerte, daß gerade von jenen Institutionen, deren lohnender Fortbestand vom Vorhandensein gut ausgebildeter Ingenieure abhängt, keinerlei Unterstützung gewährt wurde. Der neuzugewählte Studentenfürher Werner Herold wies in seinem Antrittsreferat auf die Möglichkeiten hin, die dem Studenten des Technikums als ausgebildetem Facharbeiter zur Sicherung seiner wirtschaftlichen Existenz zur Verfügung stehen. Den beiden Referaten schloß sich ein Lichtbildervortrag von Dr. Bellina über das Thema „Die Überwindung der Baukrise in Amerika“ an.

Der Bericht von Direktor Ederle, ließ die immer noch vorhandenen Schwierigkeiten des Instituts erkennen, zeigte andererseits aber auch die erfreuliche Auswärtswirkung von Semester zu Semester.

Im vergangenen Wintersemester haben von 117 Kandidaten aus dem 3. Fachsemester 107 die Vorprüfung und damit die Voraussetzungen zum Aufstieg in das 4. Semester erfüllt. Aus den Ingenieurprüfungen gingen von 162 Kandidaten 157 Ingenieure hervor. Ein großer Teil der neuen Ingenieure hat inzwischen auch eine Anstellung gefunden.

Zonenwirtschaft erschwert die Arbeit

Tagung des Landesverbandes der Versicherungs-Generalagenten

Am vergangenen Dienstag fand auf Einladung der Vertreter-Ortsvereinigungen Karlsruhe die Jahreshauptversammlung des Landesverbandes der bevollmächtigten Versicherungs-General-Agenten von Württemberg-Baden in Karlsruhe statt, bei der neben dem traditionellen Jahresbericht von Vorsitzenden Günther über das Thema: „Der Versicherungs-Generalagent im Wirbel der Zeit“ gesprochen wurde.

Zu Beginn seiner umfassenden Ausführungen stellte der Redner fest, es gehe nicht an, sich mit der Tatsache zufriedenzugeben, daß die Versicherungswirtschaft durch eine unermüdete Arbeit aller Versicherungsgesellschaften wieder in erträgliche Bahnen gebracht werden konnte, sondern es sei heute erforderlich denn je, das volle Ver-

Familie Wolf führte ein Schattendasein

Papierene Familiengründung einer Angestellten des Ernährungsamtes

Seit Februar 1948 wurde bei der Bezirksstelle West des Ernährungsamtes Karlsruhe eine Stammkarte für die Familie eines Schreibers Karl Wolf, Bachstraße 25, mit zwei Erwachsenen und einem Kleinkind geführt. Die Lebensmittelkarten wurden regelmäßig abgeholt, sechs Perioden für zwei Erwachsene, zwei Perioden Säuglings- und Kleinkinderkarten. Es handelte sich um eine

äußerst stille Familie. Ohne die Währungsreform wäre sie kaum aufgefallen.

Nach dem Tode X fiel Familie Wolf auf; sie hatte kein Kopfgeld bezogen. Ihr Name erschien daraufhin auf einer Liste von Restanten, die ihr Kopfgeld verschmäht hatten und durch das Ernährungsamt nachgeprüft wurden. Es gab eine Ueberrechnung; die stille Familie war weder dem Einwohnermeldeamt, der Polizei, dem Standesamt, noch im Hause Bachstraße 25 bekannt.

Weitere Nachforschungen verengten den Verdachtskreis um eine Angestellte des Ernährungsamtes, die 41jährige Luise G. geb. B. aus Karlsruhe, die schließlich die Mutter der Familie Wolf einestunde. Sie gab zu, daß sie als Schalterbeamte, welche die An- und Ummeldungen zum Bezug von Lebensmittelkarten bei der Bezirksstelle West entgegenzunehmen hatte, eine Stammkarte für „ihre“ Familie Wolf angelegt hat, für die sie in der Folge die Lebensmittelkarten bezog; gleichzeitig hatte sie entsprechende Haushaltsausweise ausgestellt und mit Siegel und unleserlicher Unterschrift versehen.

Vor dem Schöffengericht wiederholte sie ihr Geständnis und machte geltend, daß der Hunger und die Unmöglichkeit, sich zusätzlich Lebensmittel zu beschaffen, sie zu dieser originalen papierernen Familiengründung veranlaßt habe; zudem habe sie als Magenleidende dies leben müssen. Die Strafe, die das Schöffengericht gegen die geständige Angeklagte wegen Vergehen gegen die Kriegswirtschaftsverordnung, gegen die Verbrauchsregelung, Urkundenfälschung, Diebstahl, Verwahrungsverstoß und Falschbeurkundung verhängte, entsprach der Lebensdauer „ihrer“ Familie Wolf: sechs Monate! ht.

Das Radio auf dem Fahrrad

Stabantenne am Gepäckträger — Dynamo sorgt für Strom

In den Straßen der Stadt erregten gestern einige Radfahrer Aufsehen, von deren Stahlrössern Musik ertönte. Bei näherem Zusehen zeigte es sich, daß an der Lenkstange ein Radioapparat etwa im Format 20 x 20 x 12 cm montiert war, der durch ein Kabel mit einer am Gepäckträger befestigten Stabantenne Verbindung hatte. Für Strom sorgte der Dynamo.

Eine solche Sache interessiert natürlich Journalisten. Und darum saßen wir wenige Sekunden später auf einem zweiten Rad und führen unter musikalischer Begleitung durch die Straßen und ein Stück in den Hardtwald hinaus. Je mehr wir den Steinquader der Stadt entkamen, desto besser wurde der Empfang. Mühselos waren Radio Stuttgart, Straßburg und der amerikanische Sender in Frankfurt zu hören.

Eine Liebhaberei also für Radio-Enthusiasten, die sich vor allem für Radtouren eignet. Darüber hinaus aber auch für den Alltag zu verwenden, da das Gerät mit zwei Handgriffen vom Rad abmontiert und dann mit normaler Antenne und 110 oder 220 Volt-Spannung, auch in der Wohnung aufgestellt werden kann. Die Firma „Aura“ Karlsruhe — von ihr stammt das Gerät — will den Apparat in den nächsten Wochen auch mit Batterie-Betrieb herausbringen. Damit die Kleingärtner auch im Freien Musik hören.

Radio-Freitag vertreibt diesen in Deutschland bisher unbekanntem Fahrrad-Radioapparat. Ein Gerät, das manchem eine Freude bereiten wird.

Stück 60—200, Rettiche 5—15, Radieschen Bund 50, Zwiebeln 20—25, Sauerkraut 25, Eier Stück 39—47, Tafeläpfel 60—85. aa.

Arbeitsjubilare bei den Industriewerken

Bei den Industriewerken Karlsruhe (IWK) begehen in diesen Tagen ihr 40- bzw. 25-jähriges Dienstjubiläum: Müller Adolf, Arbeitsvorbereiter, 40 Jahre; Wacker Emil, Elektromechaniker, 40 Jahre; Jordan Hermann, Vorarbeiter, Werk Grötzingen, 25 Jahre; Walz Otto, Beizer, Werk Grötzingen, 25 Jahre.

Brennstoffkartenabschnitte verfallen

Der Verfalltermin für die Abschnitte der Brennstoffkarten 1948/49 wird hiermit nochmals in Erinnerung gebracht. Das Kohlenwirtschaftsjahr 1948 endet mit dem Ablauf des 31. 3. 1949. Sämtliche im vergangenen Wirtschaftsjahr aufgeführten Hausbrandungen müssen bis zu diesem Zeitpunkt bezogen sein, da die Abschnitte zusammen mit der Brennstoffkarte 1948/49 am 31. 3. 49 ihre Gültigkeit verlieren. aa.

Aus dem Tagebuch der Polizei

125 Personen angezeigt

In der vergangenen Woche ereigneten sich 12 Verkehrsunfälle, wobei 6 Verletzte gab (Vorwoche 9), außerdem sind 6 Sachschäden zu verzeichnen. 125 Personen (Vorwoche 116) kamen wegen verkehrswidrigen Verhaltens zur Anzeige, und zwar 17 Personen wegen Abprängens von der fahrenden Straßenbahn und 108 Radfahrer wegen verkehrswidrigen Verhaltens. aa.

Früh bitt sich... Eine 12jährige Schülerin wurde im Vordurchgang dabei ertappt, wie sie sich in eine Kabine einschlich und dort einen Geldbeutel entwendete. Die Ermittlungen ergaben, daß das Mädchen in den letzten Tagen etwa 5 Geldbeutel mit insgesamt etwa 200 DM aus Kabinen der Schwimmhalle gestohlen hatte.

Unfall. Beim Spielen in einer Hausruine der Akademiestraße wurden zwei Knaben von dem Sturz einer einströmenden Treppe getroffen und verletzt. Während der eine mit einer Kopfverletzung und Rückenverletzung davonskam, mußte der andere mit einem Schlüsselbruch und einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Ausmerkmarter Wachmann. Am frühen Morgen wurde in ein Bekleidungsgeschäft in der Kaiserstraße ein Einbruch verübt, indem das Schuigitter ausgehängt und die Schaufensterscheibe eingedrückt wurde. Durch das Hinzukommen eines Wachmannes der Wache und Schließgesellschaft wurden die Täter bei der Durchführung des Diebstahls gestört und gingen flüchtig. Der Wachmann fand nämlich bei der Waldstraße Kleidungsstücke, die wahrscheinlich von diesem Einbruch herrühren.

18 Diebstähle. Einem Fuhrmann, der wegen Diebstahlsverdacht festgenommen worden war, konnten inzwischen 18 Diebstähle nachgewiesen werden, die er in den letzten Monaten hier und in der Umgebung begangen hatte. Neben 5 Kellereintritten in umliegenden Ortschaften und in der Berkheimerstraße handelt es sich um Hassendiebstähle und um Diebstahl von Kleibern und Wäsche, die er teilweise von Bettinnen und Wäscheleinen weggenommen hatte.

Taschendiebe. Im Kaufhaus Union wurde ein Student festgenommen, der dringend verdächtig ist, zusammen mit einer Frau, laufend in hiesigen Kaufhäusern Taschendiebstähle auszuführen zu haben. Bisher konnten dem Diebsteppaar vier Diebstähle, drei Fälle von Hahndiebstahl und drei Diebstahlversuche nachgewiesen werden. Die 31jährige Tochter war offenbar mit Ablenkung auf die Diebstehoren des Paares in die Warenhäuser mitgenommen worden.

Verkehrsstelle zieht um. Am Donnerstag, den 21. März 1949 ist die Verkehrsstelle des Städt. Amtes für öffentliche Ordnung und Sicherheit wegen Umzugs geschlossen. Am Freitag, den 1. April 1949 ist die Verkehrsstelle in ihren neuen Diensträumen in der ehemaligen Grenadierkaserne (Karinogebäude), Eingang Freydorffstraße 1, für den Publikumsverkehr wieder geöffnet.

Kurze Stadtnotizen

Neue Verkaufsstelle für Straßenbahnwertzeichen. Ab 1. April 1949 wird die seitdem im Paketannahmeraum der Hauptpost untergebrachte Straßenbahnwertzeichen-Verkaufsstelle in ein auf dem Steinplatz aufgestelltes Verkaufshäuschen verlegt.

Evang. Kirchenbauamt nach Karlsruhe verlegt. Der Dienstort des Evang. Kirchenbauamtes Baden ist mit Wirkung vom 1. März 1949 von Heidelberg nach Karlsruhe verlegt worden.

Eine zweite Seelsorgerstelle wird gemäß einer Bekanntmachung des Ev. Oberkirchenrates mit Wirkung vom 1. April 1949 am Städtischen Krankenhaus Karlsruhe errichtet.

Die Stadt, Kunsthalle eröffnet am Samstag, den 28. 3., die Ausstellung „Französische Malerei des 19. Jahrhunderts“, die die Stadt, Kunsthalle Mannheim im Austausch zur Verfügung stellt. Dadurch wird dem Karlsruher Publikum Gelegenheit gegeben, Hauptwerke von Edouard Manet, den französischen Impressionisten und Cézanne zu sehen.

Was Heimkehrer wissen müssen

Wichtige Termine zur Wahrung der Ansprüche aus der Gefangenenschaft

Bis zum 30. März, also nur noch wenige Tage, haben heimgekehrte deutsche Kriegsgefangene, denen in einem amerikanischen Gefangenenslager Devisen (Lire, Franc, Gulden usw.) abgenommen wurden, Gelegenheit, ihre Forderungen gegen Einsetzung der Quittung beim POW-Information Bureau Niederrodern bei Darmstadt anzumelden. Am 30. April schließt die Abwicklungsstelle für Kriegsgefangengelder in Stuttgart die Registrierung von Wert- und Gebrauchsgegenständen (keine Radios, Kameras, Ferngläser) ab, die deutsche Kriegsgefangene im westlichen Gewahrsam bei ihrer Gefangenennahme gegen Quittung abgeben mußten. Das Ablesen dieser Fristen in nächster Zukunft gibt Veranlassung, nochmals kurz auf die Möglichkeiten hinzuweisen, die dem Heimkehrer für die Anmeldung seiner Ansprüche an die ehemalige Gewahrsamsmacht geboten sind.

Vor allem auf dem Gebiet der Kreditbescheinigungen ehemaliger Kriegsgefangener in Frankreich bestehen bei vielen Heimkehrern eine Reihe von Unklarheiten. Bei all diesen Bescheinigungen ist zunächst zu unterscheiden zwischen Soldbescheinigungen (Attestations) und Arbeitsentgeltbescheinigungen (Certificats de Depot de Fonds). Während die ersteren, wenigstens bis jetzt, von den französischen Behörden nicht eingelebt werden, erhalten die Besitzer der letzteren die gutgeschriebenen Franc-Beträge nach einem bestimmten Umrechnungsatz, der sich nach dem entsprechenden Einlassungsdatum richtet, in Deutscher Mark ausbezahlt. Genau so verhält es sich mit den Kreditbescheinigungen aus amerikanischer und englischer Gefangenenschaft, sie werden nach einem bestimmten Umrechnungsatz ausbezahlt.

Heimkehrer aus amerikanischer, englischer oder französischer Kriegsgefangenschaft, die bei ihrer Gefangenennahme Reichsmark-Zahlungsmittel abgeben mußten und dafür eine Quittung erhielten,

wenden sich für die amerikanische Gewahrsamsmacht an die bereits genannte Stelle in Darmstadt, für die britische Gewahrsamsmacht an den Oberfinanzpräsidenten in Hamburg, Röllingsmarkt 83; für die französische Gewahrsamsmacht an das Bureau de liaison pour les Questions de prisonnier de guerre, Baden-Baden, Europäischer Hof. Sie erhalten von diesen Zentralstellen eine Bescheinigung, die zum Empfang der Quittung notwendig ist. Nur gegen Vorlage einer derartigen Bescheinigung zahlen die Landeszentralbanken die Entschädigungssumme aus. Den Anträgen an die genannten Zentralstellen soll die Quittung über die Abnahme deutscher Zahlungsmittel beigelegt sein.

Die seit November vorigen Jahre beim Landesfinanzpräsidenten Nordbaden in Karlsruhe, Stadelstraße 12, eingerichtet Abwicklungsstelle für Kriegsgefangengelder nimmt nicht nur die nach Stuttgart weiterleitenden Anträge und Papiere entgegen, sondern ist auch jederzeit gerne bereit, jedem Heimkehrer, der irgendwelche Ansprüche an die entsprechende Gewahrsamsmacht hat, mit Rat und Tat hilfreich zur Seite zu stehen. -d-

AUS DEM RUNDFUNKPROGRAMM

Freitag, 25. März
Stuttgart: 14.00 Schulfunk; „Sturm auf die Maschina“; 14.30 I.R.O.-Sachdienst; 15.50 Börsenkurs; 16.45 Kulturkranz; 17.15 Suite F-dur I. Violine u. Klav. von J. Klara; „Morgensonne“ a. Gedichten v. Zuckmayer v. W. Hirschberg; 18.00 Zeit u. Leben; 20.00 Oper: „Macbeth“ v. Verdi; 23.00 Bad. Theaterbericht; 23.18 „Aus der Menge zeitgenöss. Komponisten“; „Parkinson“ v. E. Fischer; „Zirkus“ v. G. A. Schlemm. — Studio Karlsruhe: 13.00 Echo aus Baden; 13.15 Musik nach Tisch; Ord. Jo K. Weber; 17.00 Pliedern um neue Bücher (Dr. H. Th. Bauer). — Südwestfunk: 20.00 „Der tolle Christian“, Hörfolge um d. Dichter Chr. D. Grabbe v. J. M. Wallacher; 20.45 Kammermusik; Klaversonate Nr. 5 v. Scriabine; 4 Lieder von Nabokoff; Variationen über ein Rokoko-Thema I. Cello u. Klav. v. Tschakowsky. — München: 20.30 „Besonderes Präsenle“, musikal. Lustspiel v. Benatzky. — Frankfurt: 31.10 Hörspiel: „Leo Nikolajewitsch Tolstoj“ v. C.-H. Rühl.

IM STAATSTHEATER . . .

... geht heute um 19.30 Uhr im Großen Haus der Schwank „Der wahre Jakob“ von Arnold und Bach als geschlossene Veranstaltung für den Kulturbund (2. Reihe in Saal. Im Kleinen Haus findet keine Vorstellung statt.

Schönwetterlage hält an

Vorherige des Amtes für Wetterdienst Karlsruhe, gültig bis Samstagfrüh: Heiter bis wolkenlos, Tagestemperaturen auf 16 bis 18 Grad ansteigend. Nur noch stellenweise leichter Bodennebel. Schwache, tagelange milde östliche Winde.

Rheinwasserstände vom 24. März 1949

Konstanz 257 (unv.), Bretsch 112 + 1, Straßburg 172 — 14, Metzen 349 — 5, Mannheim 218 — 7, Caub 177 — 14.

Der Kulturbund zieht Bilanz

In einer Jahresübersicht stellt der Kulturbund Karlsruhe fest, daß sich die Vereinigung in der ersten Hälfte des Jahres 1948 organisch weiterentwickeln konnte. In diese Zeit fiel neben den sonstigen Veranstaltungen die Durchführung der Jahrhundertfeier 1848—1948. Nach der Währungsreform setzte eine starke Rückwärtsentwicklung ein: Nur 1900 der 4500 Mitglieder blieben dem Kulturbund treu. Hierdurch mußte die Zahl der geschlossenen Vorstellungen beim Staatstheater von monatlich sieben auf drei beschränkt werden. Insgesamt wurden im Jahre 1948 75 Theaterveranstaltungen, Konzerte, Vorträge usw. veranstaltet, die von zusammen 70 168 Personen besucht wurden.

Dr. Marie Baum 75 Jahre

Die Begründerin des Kinderdorfes auf dem Heuberg bei Station, Dr. Marie Baum, beging am 23. März ihren 75. Geburtstag. Die Gründung erfolgte 1920 kurz nach dem ersten Weltkrieg und hat für die Dauer der 13 Jahre ihres Bestehens rund 100 000 Kindern während ihres wochenlangen Aufenthalts dort oben frische Lebenskraft geschenkt. Auf die bahnbrechende Arbeit Marie Baums geht auch im wesentlichen die bei den Wohlfahrtsämtern eingeführte Form der Familienfürsorge zurück.

Marie Baum wurde 1874 als Tochter eines Arztes in Danzig geboren und studierte in Zürich, wo sie die lebenslange Freundschaft mit der Dichterin Ricarda Huch schloß. 1902/07 wirkte sie als Gewerbeschulungsbeamtin in Karlsruhe. Von 1919—1926 war sie als Oberregierungsrat im badischen Staatsdienst tätig. Seit ihrem Ausscheiden aus dieser Stellung lebt sie in Heidelberg, unermüdet weiter mit literarischer und sozialer Arbeit und Vorlesungen an der Universität beschäftigt. Ca.

Karlsruher Marktbericht

Kleinviehkaufpreise am 23. März 1949 in Pfennigen je 500 g: Spieckartoffeln 7—8 (1 Ztr. DM 6.50); Roankohl 80—120; Weißkohl 10—12; Winterkohl 20; Spinat 30—40; Karotten 10; Gelberüben 10; rote Rüben 10—12; Butterrüben 15; Kohlrabi 10; Bodenkohlrüben 10; Schwarzwurzeln 110—120; Leuch 30—45; Kresseansatz 160—180; Feldsalat 120; Sellerie 70—85; Meerrettich

193 948 Einwohner in Karlsruhe

Nach dem Stand vom 1. März 49 zählte Karlsruhe 193 948 Einwohner, davon 88 856 männliche und 105 112 weibliche. Auf die einzelnen Stadtbezirke verteilt sich die Einwohnerzahl wie folgt: Innenstadt-Ost 10 848; Innenstadt-West 10 322; Südstadt 18 420; Südweststadt 22 695; Weststadt 29 770; Fließhillinglager 460; Mühlburg 14 961; Oststadt 18 386; Grünwinkel 4 272; Daxlanden 6 856; Knielingen 6 095; Belertheim-Bulach 6 568; Weiherfeld-Dammerstock 6 125; Rüppurr 9 551; Rintheim 1 711; Hausfeld 2 572; Durlach-Aue (mit Fließhillinglager) 24 235.

HANDEL UND WIRTSCHAFT

Sind RM-Preis-Delikte straffrei?

Gesetzliche Bestimmungen nach der Aufhebung der Preisvorschriften

Bei der Beantwortung dieser Frage ist von den allgemeinen Grundsätzen des Reichsstrafgesetzbuches auszugehen. Dieses bestimmt zunächst (§ 2a Absatz 2), daß die Bestrafung unterbleiben kann, wenn die Tat zur Zeit der Entscheidung nicht mehr mit Strafe bedroht ist. Diese Vorschrift ist klar und eindeutig. Sie wird aber durch eine andere (§ 2a Absatz 3) eingeschränkt. Ein Gesetz nämlich, das nur für eine bestimmte Zeit erlassen ist, ist auf die während seiner Geltung begangenen Straftaten auch dann anzuwenden, wenn es außer Kraft getreten ist. Es handelt sich hierbei um das sogen. Zeitgesetz. Sind nun die Preisvorschriften, insbesondere die Preisstopverordnung (in Verbindung mit der die Strafbestimmungen enthaltenden Preisstrafrechtsverordnung) als solche Zeitgesetze anzusehen? Bekanntlich sind die meisten Preisvorschriften durch die bizonale Preisfreigabe-Anordnung vom 23. Juni 1948 aufgehoben worden, soweit darin Preise, Preisbestandteile, Entgelte, Zahlungs- oder Lieferungsbedingungen geregelt sind. Jüngst hat der Kasseler Senat des Oberlandesgerichts für Hessen entschieden, daß die genannten Preisvorschriften keine Zeitgesetze im Sinne der erwähnten Vorschrift des Strafgesetzbuches sind. Es hängt also von dem Ermessen des Tatrichters ab, ob eine Bestrafung erfolgt, wenn es sich um Zuwiderhand-

lungen gegen jetzt nicht mehr geltende Preisvorschriften handelt. Es ist zu hoffen, daß sich andere Oberlandesgerichte sich dieser Auffassung anschließen werden. Der Tatrichter wird dann die kleinen, meist zwangsläufigen RM-Preisdelikte laufen lassen, während er nach wie vor die großen, je nach dem Grade ihrer Schuld und der Bedeutung der Tat, mehr oder weniger hart anfaßt kann.

Dr. Dr. Kurt Röhl.

Gleichstellung ehemaliger Kriegsgefangener

Geltende Bestimmungen finden

FRANKFURT (SAZ). Auf Antrag des Verwaltungsrates wurde dem Wirtschaftsrat jetzt ein Gesetzentwurf über die Gleichstellung der in das zivile Arbeitsverhältnis überführten ehemaligen Kriegsgefangenen vorgelegt. Danach finden für Deutsche, die aus der Kriegsgefangenschaft entlassen worden sind, um in dem bisherigen Gewährungsstand in ein ziviles Arbeitsverhältnis überführt zu werden, während ihrer Abwesenheit und nach ihrer Rückkehr die für Kriegsgefangene Deutsche geltenden Bestimmungen volle Anwendung. Allerdings gilt das nur, wenn die eingegangene Verpflichtung zu ziviler Arbeit — vom Tage der Überführung an gerechnet — die Mindestdauer nicht übersteigt, die von der jeweiligen

Liste der Stahlreuhänder FRANKFURT, 21. März. (UP) Die Liste der von den beiden Militärgouverneuren genehmigten Reuhänder für die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie umfaßt folgende Namen: Heinrich Dinkelbach, Heinrich Deist, Gotthard von Falkenhausen, Arthur Menge, Alfons Wagner, Willi Geldmacher, Friedrich Harder, Karl Borich, Günther Henle, Heinrich Meier, Herbert Monden, Erich Potthoff. Von den auf der Vorschlagsliste Oberdirektor Pünders stehenden Liste wurden sieben Persönlichkeiten ausgewählt, die gleichzeitig auch die Billigung der Gewerkschaften haben.

Gleichstellung ehemaliger Kriegsgefangener auf Zivilarbeiter Anwendung

Gewährsamacht für den Abschluß von zivilen Arbeitsverträgen vorgeschrieben war. Die Rückkehr nach Deutschland muß spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Ablauf der Verpflichtungszeit erfolgen. Für das Gebiet der Sozialversicherung gilt das Gesetz allerdings nicht. Hier erläßt der Direktor der Verwaltung für Arbeit noch besondere Anordnungen. Das Gesetz soll rückwirkend vom 1. Juli 1947 in Kraft treten. Ein ähnliches Gesetz ist bereits am 28. September 1948 vom Landerrat in Stuttgart für die amerikanische Zone beschlossen worden. Die Militärregierung hatte das Gesetz jedoch seinerzeit zurückgestellt, so daß jetzt eine bizonale Regelung Platz greifen kann.

Das Sport-Programm am Wochenende

Fußball

Oberliga. 20. J.: FSV Frankfurt — Kick-Offenbach (0:1, 1:1, 2:3). 27. J.: VfR Mannheim — Schw. Augsburg (3:0, 1:0, 2:0), Bayern München — VfB Mühlburg (3:3, 4:0, 1:0), FC Augsburg — Kickers Stuttgart (0:0, —, —, 1, FC Nürnberg — 1960 München (1:2, 1:1, 1:2), VfB Stuttgart — 05 Schweinfurt (2:0, 4:2, 0:2), Eintracht Frankfurt — Rödelsheim (2:0, —, —), Ulm 45 — SV Waldhof (1:3, 2:1, 1:3).

Landesliga. 1. FC Pforzheim — VfR Pforzheim (2:0), Phoenix Karlsruhe — Spvg Sandhofen (1:1), VfL Neckarau — VfR Knielingen (3:0), Rohrbach — ASV Feudenheim (2:2), Germ. Brötzingen — Germ. Friedrichsfeld (1:1).

Bezirksklasse. St. 1: KfV — Odenheim, Wiesental — Ettlingen, Daxlanden — Neudorf, Forst — Eggenstein, Neureut — Mühlburg II, Hagsfeld — Södstern. St. 2: Würm — Ettlingen, Birkenfeld — Grötzingen, ASV Pforzheim — Königshach, Springen — Mühlacker, Berghausen — Dillstain.

Kreisklasse A. St. 1: FC Khe. 21 — Kleinsteinbach, Busenbach — Pfaffenrot, Bretten — Spessart, Bulach — Ruppurr, Jöhlingen — Stauterich, Beierheim — Frankonia. St. 2: Grünwinkel — Morsch, Hochstetten — Spöck, Linkeheim — Malach, Neuburgweiler — FfT Forchheim, FC Khe-West — Rühlheim.

Kreisklasse B. St. 1: Gebirgsee — FC Baden, Polizei — Lisdolheim, Rintheim — Neureut, Karlsruhe-Ost — Leopoldshafen, Södstadt — Graben. St. 2: Hohenweltersbach — Weiler, Langenstebach — Langensalb, Itersbach — Palmbach, Reichenbach — Erlenrot, Grünweltersbach

— Spielberg. St. 3: Völkersbach — Wolfrarweier, Oberweier — Schöllbrunn, Malach — Spinnerei Ettlingen, Ettlingenweier — Sulzbach, Bruchhausen — FfT Bulach. St. 4: Flehingen Ib — Flehingen I, Wössingen I — Wöschbach, Kürnbach — Neibshelm, Bauerbach — Wössingen Ib, Gölshausen — Böching.

Handball

Gruppenliga Süd: Tsch. Durlach — Rintheim, Kronau — Daxlanden.

Bezirksklasse. St. 3: FrSSV Khe. — KTV 46, Knielingen — Springen. St. 4: Oberhausen — Hochstetten, Kirrlach — Spöck.

Kreismeisterschaft der Männer: VfR Mühlburg — Eggenstein.

Frauen. St. 1: FrSpaßV Khe. — MTV Karlsruhe, Södstern — Daxlanden, Tschf Mühlburg — Ruppurr. — St. 2: FfT Bulach — Ettlingen, Tschf Durlach — Beierheim, ASV Durlach — Durlach-Aus. St. 3: Graben — Neureut, Lisdolheim — Rühlheim.

Der KfV in Konstanz erfolgreich

In einem Freundschaftsspiel besiegte der Karlsruher Fußball-Veren den in der Zonenliga Süd spielenden VfL Konstanz durch Tore von Seiter und Bruckner mit 2:0 Toren. Eine Auswahl Nordbadens wird im Monat Juni zwei Repräsentativspiele gegen eine Auswahlmannschaft aus Niedersachsen austragen. Das erste Spiel Nordbaden-Niedersachsen wird am 25. Juni in Mannheim, das zweite am 28. Juni in Karlsruhe stattfinden.

SCHAUBURG Marienstr. 16 Rlf 7986 UNSER EROFFNUNGS-PROGRAMM: Dreimal Komödie Ein festes Lustspiel, das freigelegt gute Laune spendet mit Ferdinand Marian, Margot Hielscher, Bruni Löbel, Bappo Bräm, Paul Dahlke, Mady Rahl u. a. Heute 20.30 Uhr: FEST-VORSTELLUNG unter persönlicher Anwesenheit der beiden weiblichen Hauptdarsteller Margot Hielscher und Bruni Löbel Samstag und Sonntag je 4 Vorstellungen: 13.45, 18.00, 18.15 u. 20.30 Uhr. Ab Montag täglich: 13.30, 18.00 und 20.30 Uhr. Vorkauf ab 11.00 Uhr an der Theaterkasse sowie an den bekannten Vorverkaufsstellen.

RHEINGOLD Rheinstr. 77 Rlf 6283 Rendezvous im Salzkammergut Ein heiteres musikalisches Festspiel mit Herta Mayen, Inge Kessard, Hans Holt, Joe Meisner. Wo: 15.00, 17.30, 20.00. So: 13.15, 15.30, 17.45, 20.00 Uhr.

SKALA Khe-Durlach Rlf 180 Narziss, der untreuhillige Flieger Die erste Filmrolle in vielen Jahren. Ein solches Ding! Es wird getrübt vor Lust! Wo: 15.00, 17.30, 20.00. So: 13.15, 15.30, 17.45, 20.00 Uhr.

Der Lustspielerfolg des Jahres Berliner Ballade Ein Film um Politik, Humor und Liebe mit Gerl Fröbe, Telfano Sels, Aris Wächter. Tägl. 11.00-13.00, 15.00-17.00, 19.00 (Di/1) - 21.00 (Di/1) Freit., Samst., Sonnt. 23 Uhr. Wochentags Mittw., 20.3., Donnerst., 31.3., jew. 22.00 Ein Mann wie Maximilian Eine Filmrev. mit W. Albach-Retty und Ulli Waldmüller. Sonntag, 27.3., vorm. 10.30 Uhr, Kulturfilm-Matinee Frauen, Masken und Dämonen

PAPIERHANDLUNG K R L Zucker AM KAISERPLATZ Ecke Amalien- und Leopoldstr. FULLHALTER in reicher Auswahl. Zuverlässiger Reparatordienst

PAU Harrestr. 11 Telefon 2902 zeigt Ihnen: Den berühmten englischen Filmstar Margaret Lockwood mit den berühmten Filmstarspielern Dennis Price und Cecil Parker als Partner in: „Der kupferne Berg“ Ein Film v. dramatisches Schicksal zweier Familien. Täglich: 13.15, 17, 19 und 21 Uhr.

GLORIA Tägl. 13.00, 15.00, 17.00, 19.00, 21.00 „Märchenweibchen“ mit Gabriela Balmüller, Hell Finkenseller, H. Holt u. a. ATLANTIK - Lichtspiele Durlacher Tor. Tägl. 13, 15, 17, 19 u. 21 Uhr. „Schraffer“. Der große Abenteuerfilm nach dem bekanntesten Roman v. Alexander Dumas mit Douglas Fairbanks jr.

MARKGRAFEN - Theater Durlach „Violante“, Ein Filmdrama in der Regie von Carl Hoffmann. „Der Schatten“, von Zehn. Wo: 15.30, 17.45, 20.15; So: 14.00, 16.10, 18.20, 20.30; Se, Spätvorst. 22.15 Uhr.

METROPOL Neckarstr. 32 Telefon 951 Edith Schneider, Willy Fritsch „Finale“. Tägl. 18, 19, 20 Uhr. So. auch 14 Uhr. Antliche Bekannmachungen Zur 5. Straß. Versteigerung am Mittwoch, 8. April, im Saal des Restaurat „Landknecht“ Harrestr. (Ecke Drais) werden noch angenommen: Möbel jed. Art, spez. Schränke, Federbetten, Tisch- u. Leuchtwärme, Schreibmaschinen, Fahrräder, Nähmaschinen, Anzeiger, beim Karlsruher Auktionshaus Hans Fater, Melanchthonstraße 4, bei der Lutherkirche, Telefon 2900.

Fahrrad-Radio in den Frühling! Nun ist es so weit, einen Radio für den Anschluß an den Fahrraddynamo gleichzeitig Heilm Empfänger zum Anschluß an das Lichtnetz 120 und 220 Volt, Klangschöner Lautsprecher-Empfänger. Unverbindl. Vorführung und Lieferung, durch Radio Freytag Kapistr. 31

Zu verkaufen: Bettfedern (Halbdaunen), zu verkaufen. 50 unter 32 131 an SAZ Karlsruhe. Neue Chaiselange 85 DM, Sofa 55 DM, Willentstatten u. Kell. 50 DM, zu verkaufen. Markgrafstr. 35, Taperierwerk, Geb. H. u. Ka.-Raß, Blocker Gerwigstr. 20 Große Klaviere zu verkaufen, Tel. 6125. Stalldung! Noch ca. 2 Fuhren, 100 Dp., zu verk. Rühlstr. Khe., Meigenstr. 37. Holzbaracke, doppelwändig, 6x3,00, als Wohn- u. Verkaufstraum geeignet, preiswert zu verk. 22 141 an SAZ Khe.

Der OFKA-KUNDENDIENST startet Skifahrt nach Untermarkt! Die letzte Mal in Schnee u. Sonne am kommenden Sonntag wie immer mit den OFKA-Bussen. Freundsberg. Altgold, Silber und Double, kauf zum Höchstpreis, WALTER MAY, Durlach, Amalienstraße 21.

Hamerkt: Brül-Ziege, u. Junge, zu verk. F. Reichert, Neuburgweiler, Leopoldstr. 133. Verschönerung: Lieferwagen, Opel, 1/2-Tonner, für Stadt- u. Fernfahrten, mit Fahrer, zu verkaufen. 22 135 an SAZ Karlsruhe. Übernahme jede schriftliche Heilmarbeit. Menzel, Khe., Friedlitz-Wald-Str. 70. Suche Abschauer v. gut. preisw. Strahschuhen. 22 140 an SAZ Karlsruhe.

Für ihr Altgold und Aitsilber (Schmuck, Münzen, Zahngold) erhalten Sie d. höchsten Tagespreise bei d. Bad. Edelmetallverwertung o.H.G. Karlsruhe, Kaiserstr. 22. (Auch Mittwoch gesättig. geöffnet.)

Radio-Hill Karlsruhe, Steinfelderstr. 42, Tel. 771. Reichhalt. Lager, neueste Modelle. 10% Nachlaß bei Umkauf. Teilzahlung - Reparaturen. Ihr Besuch lohnt sich.

Burchards-Perlen zur Bemessung mangelfähiger Darmhölzer, werden jetzt wieder in Friedensqualität hergestellt und sind bestmögk in unten aufgeführten Verkaufsstellen erhältlich: Drogerie Koch, Herrstr. 34, Drogerie Tschering, Amalienstraße 19; Drogerie Ebert, Kaiserstr. 245; Drogerie Höferlin, Herwegstr. 14; in Mühlburg: Drogerie Holmeister; in Darmstadt: Drogerie Götsch.

Lager-Räumungsverkauf vom 26. 3. — 4. 4. 49 radikal herabgesetzte Preise in Matratzen, Polstermöbeln und Clubtischen Sessel statt DM 135.— 85.— Clubsessel statt DM 400.— 300.— Couch statt DM 147.— 100.— elegante Couch statt DM 600.— 480.— Clubtische statt DM 48.— 36.— J. Kronenberger Matratzen- und Polsterwaren-Fabrikation Kaiserstraße 205

Frühlingsglück Im neuen Anzug von Hiller Unsere zweireihigen Anzüge sind modisch schön geschnitten. Die Stoffe werden Sie in Farbe, Musterung und Qualität begeistern. 2reihige Herrenanzüge. DM 128.— DM 113.— DM 88.— flotte Übergangsmäntel DM 134.50 DM 115.— DM 88.— Regenmäntel aus Popeline DM 81.— DM 62.— DM 59.50 Herrenhosen einfarbig u. gestr. DM 39.50 DM 35.— DM 29.50. Hiller im den Stadt Ecke Kriegs- und Adlerstraße gegenüber der Markthalle

Patentex G.m.b.H. FRANKFURT AM. MARSCHNERSTR. 10 Niederlagen in Apotheken und Drogerien

DNM-Schuh- u. Kleiderbürse Verkauf-Tausch - Kest Schuhe, Bekleidung, Wäsche, Haus- u. Gart. usw., jeden Montag, 14.30 Uhr, „Zur Bavaria“, Ecke Hirsch- und Amalienstr. Billigste Einkaufsstelle für Schuhe und Textilien, ohne... DER NEUE MARKT

Das schönste Festgeschenk für die Jugend! In dies. Tagen trifft eine Sendung Höhner-Klubharmonikas bei uns ein. Modell III B, 8/Es-dur. Original-Preis 250.—, Barzahlung 100.—, monatliche Raten von 50.—. Gesp. Instrumente nehmen wir in Zahlung. Der groß. Nachfrage wegen empfehlen wir Vorbestellung. Schlaile Musik- und Feinströwe Kaiserstraße 96, Bad 7948.

EIER Klasse A Stück -43 Klasse B Stück -41 Klasse C Stück -39 Klasse D Stück -35 Osterreich-Farben PFANNKUCHEN

Die Lösung unseres SAZ-Preisausschreibens morgen!